

Menschenrechts-Kurier

Informationen der Bürgerbewegung für Menschenwürde in Mittelfranken e. V., Regionalgruppe Ansbach

Ausgabe 20, Januar 2025

Sie erhalten heute die 20. Ausgabe des „Menschenrechts-Kuriers“. Die Regionalgruppe Ansbach bei der Bürgerbewegung für Menschenwürde in Mittelfranken will mit dieser halbjährlich erscheinenden Online-Publikation die Kommunikation mit Ihnen allen, also unseren Mitgliedern, Unterstützern und Freunden, gewährleisten und Sie in kompakter Form über die Ergebnisse, Inhalte und die Perspektiven unserer Arbeit informieren.

Robert-Limpert-Preis wird ausgeschrieben Auszeichnung für Engagement in Bezug auf Demokratie und Menschenwürde - Gedenken an Ansbacher Widerstandskämpfer

Erstmals nach einer Pause von zehn Jahren schreibt die Regionalgruppe Ansbach der Bürgerbewegung für Menschenwürde in Mittelfranken wieder einen dotierten „Robert-Limpert-Preis für Demokratie und Menschenwürde“ aus. Anlass dafür ist die Tatsache, dass der Namensgeber des Preises heuer am 15. Juli 100 Jahre alt geworden wäre und sich der Tag seiner Ermordung durch die Nazis am 18. April zum 80. Mal jährt.

Robert Limpert war der Kopf einer Widerstandgruppe, bestehend aus vier Schülern des Gymnasiums Carolinum während der NS-Zeit. Weil Limpert am - für Ansbach - letzten Tag des Zweiten Weltkriegs ein Verbindungskabel der Wehrmacht durchschnitt, verurteilte ihn der Stadtkommandant, Dr. Ernst Meyer standrechtlich zum Tode. Das Urteil wurde noch am selben Tag, wenige Stunden vor dem Einmarsch der US-Armee nach Ansbach, vollstreckt. Der damals 19-Jährige wurde am Rathaustor durch Erhängen hingerichtet.

Noch viele Jahre nach dem Krieg versagte die Ansbacher Kommunalpolitik dem Widerstandskämpfer, der mit seiner Tat die Stadt vor Zerstörungen durch die angreifenden Amerikaner schützen wollte, ein würdiges Andenken. Mitte der 1970-er Jahre, so berichtet Ulrich Rach, damals junger Journalist in dieser Stadt, sei ihm auf seine Fragen in Sachen Ehrung hin noch mehrfach erklärt worden, Limpert habe mit dem Durchtrennen des Militär-Kabels das Verbrechen der Wehrkraftzersetzung begangen, sei also nach den 1945 geltenden Gesetzen ein Straftäter gewesen. Es sei ausgeschlossen, Straftäter wie ihn durch besondere Formen des Andenkens zu ehren.

Dies ist inzwischen deutlich anders geworden: mit Limpert-Gedenkfeiern in Ansbach, mit Gedenkstätten in der Stadt, mit der Entscheidung der Deutschen Katholischen Bischofskonferenz, den Widerstandskämpfer zum „Märtyrer des 20. Jahrhunderts“ zu erheben und auch mit der Verleihung des „Robert-Limpert-Preises“ durch die Bürgerbewegung für Menschenwürde, beginnend am Anfang dieses Jahrhunderts jährlich bis 2015. Empfänger waren zuletzt vor allem junge Menschen. Ab 2015 wurde die Verleihung ausgesetzt, weil es sich als zunehmend schwierig erwies, Kandidatinnen oder Kandidaten für den Preis zu finden.

Das Organisations-Team der Bürgerbewegung sieht nach dieser Pause nun angesichts des 100. Geburtstags und des Todestags von Robert Limpert vor 80 Jahren Anlass und Gelegenheit, den Preis wieder auszusprechen. Geehrt werden sollen jugendliche oder erwachsene Bürgerinnen und Bürger, Einzelpersonen oder Gruppen, aus Westmittelfranken, vorwiegend aus Stadt und Landkreis Ansbach, die mutig und mit Zivilcourage für

Menschenrechte, Menschenwürde und den demokratischen Rechtsstaat eintreten, die sich für Minderheiten und Benachteiligte einsetzen und sich gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus sowie jede Art von Gewalt engagieren. Der erste Preis ist mit 1000 Euro dotiert, der zweite mit 500 Euro, der dritte mit 250 Euro. Die Verleihung findet am 8. Juli, eingebettet in eine Lesung über den Widerstand in Ansbach, statt. (Siehe auch nachfolgenden Beitrag.)

Vorschläge und Bewerbungen, also auch Eigenbewerbungen, können mit relevanten Informationen über die vorgeschlagenen Kandidaten/innen ab sofort bis zum 18. April 2025 eingereicht werden per E-Mail unter info@buergerbewegung-ansbach.de oder per Post unter der Adresse: Bürgerbewegung für Menschenwürde in Mittelfranken e. V., Regionalgruppe Ansbach, z. Hdn. Ulrich Rach, Roseggerweg 8, 91522 Ansbach.

Lesung zum Thema Widerstand

Die vier Autoren des Buchs „Einzelne wagten es doch“, Alexander Biernoth, Dr. Frank Fätkenheuer, Rainer Goede und Ulrich Rach, alle Mitglieder des Organisations-Teams der Bürgerbewegung für Menschenwürde, Regionalgruppe Ansbach, gestalten am 8. Juli dieses Jahres um 19.30 Uhr im Pfarrzentrum St. Ludwig in Ansbach eine Lesung aus ihrem Werk. Die Veranstaltung wird musikalisch untermalt mit klassischer Musik am Flügel von der Pianistin Ulrike Koch.

Die Publikation entstand als Ergänzung der von der Bürgerbewegung initiierten und finanzierten Widerstands-Gedenk-Stele vor dem Ansbacher Rathaus auf dem Martin-Luther-Platz. Sie zeigt auf, wo und wie in der Nazi-Zeit sich Menschen dem Regime und dessen Helfern und Helfershelfern widersetzen.

An diesem Abend im Juli werden natürlich der von den Nationalsozialisten ermordete Widerstandskämpfer Robert Limpert und sein schreckliches Ende einen Schwerpunkt bilden. Interessantes bieten aber auch die Schilderungen der Geschehnisse während der Euthanasie-Verbrechen in der Ansbacher Heil- und Pflegeanstalt und die von mutigen Menschen heimliche, ja, lebensgefährliche Fürsorge, die manchen Patienten zuteilwurde.

Spannend und bewegend sind aber auch die Schicksale des Ansbacher Kirchenamts-Direktors Friedrich-von-Praun, der sich in höchstem Maß den Nationalsozialisten widersetzte, und des polnischen Zwangsarbeiters Bronislaw Juzwik, der wegen Streitigkeiten mit seinem Arbeitgeber zwei Tage vor Kriegsende standrechtlich zum Tode verurteilt und auf dem Zeilberg-Areal erschossen wurde. (Siehe auch Seite 4).

Bitte, liebe Leserin, lieber Leser, merken Sie sich den Termin schon mal vor. Es wird mit Sicherheit ein bewegender Abend.

Gesicht zeigen für die Menschenrechte und die Menschenwürde!

Das ist gerade derzeit wieder weltweit, und gerade auch in unserer Region ein wichtiger Anspruch, dem Sie als Mitglied der Bürgerbewegung für Menschenwürde in Mittelfranken e.V. gerecht werden können. Der Jahresbeitrag für Privatpersonen beträgt lediglich 40 Euro.

Anmeldeformulare sind erhältlich bei Ulrich Rach, Telefon 0981/84766,
E-Mail: info@buergerbewegung-ansbach.de

Gemeinsam gegen Populismus und Rechtsextremismus

Der gefährliche Aufwind von Rechtsextremismus und Populismus in vielen Ländern der Welt, aber auch in Deutschland ist das Thema einer Kundgebung am Samstag, 1. Februar, um 14.30 Uhr auf dem Martin-Luther-Platz in Ansbach.

Ein breites Bündnis aus dem gesellschaftspolitischen Raum der Stadt lädt die Bürgerinnen und Bürger aus Stadt und Landkreis dazu ein. Anlass ist die Sorge über die Entwicklung, die auch hier zu Lande nach der Bundestagswahl am 23. Februar dramatisch werden könnte. Das Motto der Veranstaltung lautet: „Nie wieder ist jetzt“. Initiator der Veranstaltung ist der Deutsche Gewerkschaftsbund und dessen Vorsitzender in Ansbach, Benjamin Kießling. Unsere Regionalgruppe der Bürgerbewegung für Menschenwürde unterstützt die Aktion.

Auf der Rednerliste stehen Benjamin Kießling, DGB, Pfarrer Jens Porep, Ulrich Rach, Sprecher der Bürgerbewegung für Menschenwürde in Mittelfranken, Regionalgruppe Ansbach, Iraz Saygilli, Nathalie Pottiez und Kadirhan Aygün (Lehrerin und Schülerinnen des Theresien-Gymnasiums, die im Projekt Schule mit Courage – Schule ohne Rassismus aktiv sind). Den kulturellen Teil gestaltet Thomas Siebenhaar.

Die Gruppe der unterstützenden Organisationen setzt sich so zusammen: DGB, Kreisverband Ansbach, Bündnis 90/Die Grünen, Ortsverband Ansbach Stadt, SPD-Kreisverband Ansbach-Stadt, ödp Ansbach, Bürgerinitiative Ansbacher Parteiloser (BAP), Offene Linke, Ansbach, Bürgerbewegung für Menschenwürde in Mittelfranken, Regionalgruppe Ansbach.

Es geht um die Zukunft der Demokratie in unserem Land

Bitte, liebe Leserin, lieber Leser, kommen Sie zu dieser Kundgebung, damit möglichst viele demokratisch gesinnte Bürgerinnen und Bürger im Raum Ansbach mit ihrer Anwesenheit die Ablehnung von Rechtsextremismus und Populismus kundtun. Es ist ohnehin sehr schade, dass nicht alle demokratischen Kräfte dieser Stadt sich in dieser hochbrisanten Situation dieser wichtigen Aktion angeschlossen haben, dass wir nicht gemeinsam öffentlich für den demokratischen Rechtsstaat eintreten und nicht zusammen unüberhörbar Nein sagen im Blick auf die gefährlichen nationalistischen Bestrebungen vor allem der AfD.

Die Animositäten, die zu den Absagen führten, sind für unparteiische Betrachter unbedeutende Kleinigkeiten im Blick darauf, was uns beispielsweise eine Regierungsbeteiligung der AfD an Schrecklichem bringen könnte. Deshalb können wir am 1. Februar gar nicht vernehmlich genug gegen Rechtsextremismus, Populismus, Nationalismus, gegen Einschränkungen der Demokratie und Europafeindlichkeit protestieren. Es geht um nicht mehr und nicht weniger, als um die Zukunft unseres Landes als Demokratie. Wir sollten vermeiden, eines Tages sagen zu müssen: „Und wir haben nichts dagegen getan...“

Eine Gedenkstätte für die ermordeten Zwangsarbeiter

Während der Zeit des Nationalsozialismus wurden in Ansbach mehrere aus dem Ausland stammende Zwangsarbeiter von den Nazis ermordet. Die genaue Zahl ist nicht mehr zu ermitteln. Einer von Ihnen, Bronislaw Juzwik, wurde am 16. April 1945, also zwei Tage bevor die Amerikaner in Ansbach einmarschierten, hingerichtet. Eine Gedenkstätte soll demnächst an ihn erinnern.

Der damals 28-jährige Mann stammte aus Polen und arbeitete für den Fuhrwerksbesitzer Heinrich Volkert. Offenbar kam es zwischen den beiden Männern immer wieder zu Streitigkeiten. Wahrscheinlich fühlte sich der Zwangsarbeiter in manchen Situationen von seinem Arbeitgeber ausgebeutet und beschwerte sich. Was ihm den Vorwurf des Dienstherrn einbrachte, er sei bockig, widerspenstig und verweigere bisweilen die Arbeit. Es ist im Rückblick zu bedenken, dass die Zwangsarbeiter letztlich der Willkür ihrer Dienstherrn ausgesetzt waren. Als der Zweite Weltkrieg zu Ende ging, äußerte der Pole offensichtlich, dem nahen Einmarsch der Amerikaner entgegensehend: „Nur noch zwei Tage, dann bestimme ich.“

Sein Chef zeigte ihn beim Kreisleiter an, woraufhin ihn der berüchtigte Kampfkommandant Dr. Ernst Meyer standgerichtlich zum Tode verurteilte. Der damals 28-Jährige wurde dann auf der „Schießstätte Zeilberg“ von einem Schutzpolizei-Beamten erschossen. Den Leichnam verscharrte man in einem Bombentrichter auf dem Zeilberg-Gelände.

Genau an der Stelle, an der dieses erste Grab Juzwiks war (nach dem Krieg wurde der Körper auf dem Waldfriedhof umgebettet), soll nun eine Gedenkstätte für alle in Ansbach ermordeten Zwangsarbeiter entstehen. Initiator für dieses Vorhaben war Oberbürgermeister Thomas Deffner persönlich.

Nach den bisherigen Plänen soll eine von Bildhauer Thomas Röthel gestaltete stählerne Stele aufgestellt werden. Das Kunstwerk lehnt sich in seiner Form an die der Widerstands-Stele vor dem Ansbacher Rathaus an. Nur dass der symbolträchtige Einschnitt in diesem Fall horizontal sein wird. Die Einweihung ist für den 16. April dieses Jahres vorgesehen, den Todestag Juzwiks. Die Ansbacher Regionalgruppe der Bürgerbewegung für Menschenwürde beteiligt sich mit einer Spende in Höhe von 1000 Euro an der Finanzierung des Projekts.

Und nun noch einmal – nicht vergessen: Nie wieder ist jetzt!

Demonstration für Demokratie und gegen Rechtsextremismus

Samstag, 1 Februar 2025, 14.30 Uhr, Ansbach, Martin-Luther-Platz